

Studierendenschaft der RWTH Aachen  
Studierendenparlament  
z. Hd. SP-Präsidium  
Pontwall 3  
52062 Aachen

14.04.2026

## **Resolution zum Umgang der ARGE mit der AfD**

Liebe Mitglieder des Studierendenparlament,  
liebes Präsidium,

das Studierendenparlament möge beschließen:

### **Beschlusstext**

“Das Studierendenparlament lehnt jede Zusammenarbeit hochschulpolitischer Interessenvertretungen mit der AfD ab. Dies gilt insbesondere für die von der Arbeitsgemeinschaft Studierendenwerke NRW (ARGE) geführten Fachgespräche mit AfD-Mandatsträger\*innen. Das Studierendenparlament fordert die ARGE zu mehr Transparenz und einer Aufarbeitung ihres bisherigen Umgangs mit der AfD auf.”

### **Begründung**

Hintergrund

Die Arbeitsgemeinschaft Studierendenwerke NRW (ARGE) ist ein freiwilliger Zusammenschluss der zwölf Studierendenwerke in NRW. Zweck der ARGE ist die fachliche Kooperation zwischen ihren Mitgliedern und die Interessenvertretung nach außen. Zentrales Organ ist die Konferenz der Geschäftsführungen der Studierendenwerke. Vertreten wird die ARGE aktuell durch ihren Sprecher Dr. Christoph Holtwisch, Geschäftsführer des Studierendenwerks Münster.

Am 26.03.26 berichtete der SPIEGEL, dass die ARGE seit 2018 regelmäßige Fachgespräche mit der AfD-Fraktion im Landtag führe. Die Vorwürfe wurden durch Holtwisch bestätigt. Dieser rechtfertigte dieses Vorgehen in einer am 29.03. veröffentlichten Stellungnahme damit, dass die ARGE die Interessen der Studierendenwerke überparteilich vertreten würde und dazu Gespräche mit allen relevanten Kräften im Landtag nötig wären. Die AfD sei durch die Besetzung des Vorsitzenden des Wissenschaftsausschuss besonders demokratisch legitimiert. Vorwürfe, nach denen die AfD die Wissenschaftsfreiheit und demokratische Freiheiten gefährde, seien politisch umstritten, weshalb es der ARGE nicht zustehe, Mandatsträger\*innen der AfD von Fachgesprächen auszuschließen. Dieses Vorgehen sei im letzten Jahr nochmals unter den Geschäftsführungen diskutiert und durch Mehrheitsbeschluss bekräftigt worden.

Die Gespräche mit der AfD-Fraktion und die Reaktion des ARGE-Sprechers stießen auf breite Kritik von Parteiorganisation, Studierendenschaften, Verwaltungsräten und einzelnen Geschäftsführungen (Aachen, Dortmund und Wuppertal).

Am 07.04.26 veröffentlichte die ARGE eine neue Stellungnahme, in der sie von ihrer bisherigen Position abrückte und ankündigte *“grundlegend eine Zusammenarbeit mit Parteien oder Gruppierungen, die vom Verfassungsschutz beobachtet werden oder die Werte des Grundgesetzes missachten”* abzulehnen.

## Kritik

Die AfD vertritt Positionen, die die demokratischen und offenen Strukturen der Hochschule angreifen, internationale Studierende diskriminieren und die Wissenschaftsfreiheit einschränken. Da dabei fundamentale Werte einer demokratischen Gesellschaft angegriffen werden, darf die AfD nicht wie jede andere Partei behandelt werden.

Es gibt keinerlei Verpflichtung für die ARGE, mit allen Fraktionen im Landtag Gespräche zu führen. Durch die Besetzung des Vorsitzendes des Wissenschaftsausschusses durch die AfD-Fraktion ist ein gewisses Maß an Kontakt im parlamentarischen Verfahren zwar notwendig; Das regelmäßige Führen von Fachgesprächen geht allerdings weit über den notwendigen Kontakt hinaus und ist unter den nennenswerten Interessenvertretungen in der Hochschullandschaft in NRW einzigartig.

Die Kommunikation der ARGE nach der SPIEGEL-Berichterstattung war von Widersprüchlichkeiten und Abwehrhaltung geprägt. Die Kritik wurde zunächst grundsätzlich als Kampagne im Zuge der Novellierung des Studierendenwerkesgesetzes abgetan. Erst als Reaktion auf die massive Kritik und die Positionierung aller 12 Verwaltungsrats-Vorsitzenden wurde in einer erneuten Stellungnahme des Sprecherteams der ARGE versichert, dass die Gespräche mit der AfD zukünftig nicht mehr stattfinden werden. Vor diesem Hintergrund wirkt das Eingeständnis wenig glaubwürdig.

Dass die Fachgespräche bereits seit 2018 geführt werden, wirft die Frage auf, ob die derzeitigen Strukturen der ARGE das notwendige Maß an Transparenz und Einbeziehung aller für die Studierendenwerke relevanten Akteure aufweisen. Im Zuge der Aufarbeitung dieser Thematik sollte die Problemanalyse also nicht nur auf einer personeller Ebene stattfinden, sondern auch die aktuellen Strukturen in Frage stellen.

Viele Grüße

Destina Kolac

Simon Ross

Kübra Cinar

Joshua Derbitz

## **Dokumente**

Spiegel Berichterstattung:

<https://www.spiegel.de/politik/deutschland/umgang-mit-der-afd-gruene-werfen-studierenden-werken-in-nrw-brandmauer-verstoss-vor-a-16c32cac-a75c-44f0-b17d-0f1a74ea94ca>

Stellungnahme der ARGE vom 29.03.26:

<https://www.studierendenwerke-nrw.de/aktuelles-arge/stellungnahme-zur-spiegel-berichterstattung-und-oeffentlichen-diskussion/>

Stellungnahme der ARGE vom 07.04.26:

<https://www.studierendenwerke-nrw.de/aktuelles-arge/stellungnahme-der-arge-vom-7-april-2026/>